

Wirtschaft und Umwelt vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart: Auf dem Weg zu Nachhaltigkeit? 25. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Veranstalter: Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (GSWG)

Datum, Ort: 03.04.2013-06.04.2013, Salzburg

Bericht von: Luisa Pichler, Fachbereich Geschichte, Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte, Universität Salzburg; luisa.pichler@sbg.ac.at

Die 25. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (GSWG), die vom 3. bis 6. April 2013 am Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg stattfand, widmete sich einem Thema, das auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in den Medien zurzeit eine Hochkonjunktur erlebt: „Nachhaltigkeit“. In zeitlich umfassender Perspektive vom Spätmittelalter bis in die jüngste Vergangenheit wurde das Konferenzthema am Schnittpunkt von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte diskutiert. In den Beiträgen wurden verschiedene Aspekte ausgeleuchtet, die von historischen Strategien zur Waldregeneration über ökologische Auswirkungen des Bergbaus bis zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Gemeingut reichten.

Einleitend verwies der Vorsitzende der GSWG, GÜNTHER SCHULZ (Bonn), auf die gegenwärtige Popularität der historischen Forschungen zur Interaktion von Mensch und Natur sowie auf das wissenschaftliche Interesse am Thema Nachhaltigkeit. Die GSWG wolle mit ihrer Tagung an diese Forschungsanstrengungen anknüpfen sowie Anregungen für weitere Forschungen in diesem Bereich geben. Schulz skizzierte schließlich auch die Leitfrage der Tagung: War Nachhaltigkeit ein durchgängiger Entwicklungsprozess – und verlief er linear?

REINHOLD REITH (Salzburg) zeichnete im Eröffnungsvortrag die Geschichte der historischen Umweltforschung nach und legte die potentiellen Schnittmengen mit der Wirtschaftsgeschichte dar. Letztere gebe es vor allem bei der Frage nach dem Umgang mit Ressourcen. Zunächst erörterte Reith, ob sich Nachhaltigkeit als wissenschaftlicher Terminus bzw. als analytische Kategorie eigne. Im Diskurs um „Nachhaltigkeit“ seien sowohl im Kontext der Umweltökonomie als auch in der Umweltgeschichte Ansätze und Perspektiven entwickelt worden, die auch für die historische Analyse des Umgangs mit den naturalen Ressourcen angewendet werden könnten. Nachhaltigkeit sei historisch bisher meist nur mit Blick auf den Wald thematisiert worden. In einer längeren Perspektive seien jedoch auch der Umgang mit Ressourcen insgesamt und die Strategien der Ressourcennutzung zu betrachten. Das Fragezeichen im Untertitel des Tagungsthemas sei vorerst nicht aufzulösen, schloss Reith.

Im ersten Vortragsblock wurde Holz als Ressource in den Blick genommen. Am Beispiel der Gebiete des heutigen Schleswig-Holsteins stellte OLIVER AUGÉ (Kiel) Strategien des frühneuzeitlichen Ressourcenschutzes vor. Durch Übernutzung der Wälder kam es ab Mitte des 15. Jahrhunderts zu Holzknappheiten. Neben Import- und Substitutionsbestrebungen setzte man auf punktuelle Waldregeneration: Der Adelige Heinrich Rantzau betrieb bereits im 16. Jahrhundert eine Baumschule und das Kloster Ahrensböök bei Lübeck verschrieb seinem Wald eine elf- bis 20-jährige Regenerationsphase nach dem Schlagen. Auch wenn einzelne nachhaltige Nutzungskonzepte für das frühneuzeitliche „Schleswig-Holstein“ nachgewiesen werden können, sei dennoch keine Verallgemeinerung möglich. Einen umsichtigen Umgang mit Holz habe es nur dort gegeben, wo er aus wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus unumgänglich war, konstatierte Augé. In seinem Kommentar fragte WINFRIED FREITAG (München) unter anderem, wie energisch diese „nachhaltigen“ Maßnahmen verfolgt wurden und ob es sich dabei um reale und nicht ausschließlich symbolische Aktionen handelte.

In einem weiteren regionalen Fallbeispiel führte MATTHIAS ASCHE (Tübingen) aus, dass sich in der Mark Brandenburg im 18. und 19. Jahrhundert ein Spannungsfeld zwischen Politik und nachhaltiger Waldbewirtschaftung entwickelt habe. Asche erkannte in der Peuplierung von verlassenen, entwaldeten Glashüttendörfern ein Spezifikum Brandenburgs und eine deutliche Prioritätssetzung der Politik Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II.: Der nachhaltige Umgang mit der Ressource Wald wurde dem Landesausbau hintangestellt. Erst ab Mitte des 18. Jahrhunderts kam es zu einem Paradigmawechsel, als eine Abkehr von den holzintensiven Gewerbebranchen erfolgte und die Forstwirtschaft professionalisiert wurde. ROMAN SANDGRUBER (Linz) kommentierte den Beitrag mit einem Hinweis auf Ideologie und Interessen der Holzverbraucher. Eine „Holznot“ könne auch in walddreichen Gegenden auftreten, wenn große Verbraucher ansässig seien. Dennoch solle man die Relationen beachten: Der Verbrauch einer einzelnen Glashütte sei im Verhältnis zum Bestand eines Waldes doch recht gering gewesen.

WELF WERNER (Bremen) legte in seinem Abendvortrag die globale Geschäftstätigkeit von Rückversicherern im Falle von Naturkatastrophen dar. Er nannte die am stärksten von Naturgewalten betroffenen Weltregionen und argumentierte, dass die geleisteten Schadenzahlungen eine beträchtliche Ungleichverteilung belegten. Zwischen 1970 und 2010 verzeichnete Asien unter den 40 größten Katastrophen nach Todesopfern über 75 Prozent aller Toten. Im selben Zeitraum erhielten jedoch die USA unter den 40 größten Katastrophen nach Höhe der Schadenzahlungen mehr als 75 Prozent der ausgezahlten Beträge. Es könne, so Werners Fazit, nicht von einer Weltrisikogesellschaft gesprochen werden, denn eine Gefahrengemeinschaft mit nachhaltigen, grenzüberschreitenden Haftungen sei bisher nicht entstanden.

Anschließend wurde TOBIAS JOPP (Regensburg) der Friedrich-Lütge-Preis der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte für seine herausragende Dissertation zum Thema „Insurance, Fund Size and Concentration – Prussian Miners‘ Knappschaften in the Nineteenth and Early Twentieth Centuries and Their Quest for Optimal Scale“ verliehen.

Am zweiten Konferenztag war ein Vortragsblock dem Thema „Bergbau und Ressourcennutzung“ gewidmet. Zunächst blickte RENATE PIEPER (Graz) auf den kolonialen Bergbau in Hispanoamerika, wobei sie zeitlich die Peaks zwischen 1580 und 1620 sowie das letzte Viertel des 18. Jahrhunderts und räumlich die Reviere Potosí in Hochperu/Bolivien und Guanajuato in Neuspanien/Mexiko in den Fokus nahm. Sie betonte, dass in Hispanoamerika ressourcensparender gearbeitet wurde als in den europäischen Montanregionen, besonders was den Holz- und Wasserverbrauch betraf, da beide Ressourcen vor Ort nur begrenzt zur Verfügung standen. Zum Ressourcensparen habe etwa das Patioverfahren zum Auslösen des Silbers mithilfe von Quecksilber und Sonne beigetragen, was aber erhebliche Belastungen der Arbeiter und der lokalen Umwelt mit sich brachte. HELMUT LACKNER (Wien) wies in seinem Kommentar darauf hin, dass bei der Wahl des Verfahrens die Erzqualität einzubeziehen sei und dass bei einer Abschätzung der Umweltauswirkungen die globalen Vernetzungen (etwa des Quecksilbertransportes) berücksichtigt werden müssten.

JANA GERŠLOVÁ (Ostrava) betrachtete in ihrem Beitrag die ökologischen Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung der Tschechoslowakei zwischen 1948 und 1989, welche in diesem Zeitraum besonders auf die Förderung der Schwerindustrie setzte. Geršlová untersuchte, ab wann in den Fünfjahresplänen Verordnungen zum Umweltschutz aufgenommen bzw. auch politisch umgesetzt wurden und stellte fest, dass von einer ökologischen „Wende“ frühestens ab den 1970er-Jahren gesprochen werden könne. Bis dahin stand das wirtschaftliche Wachstum ohne Rücksicht auf (bekannte) Umweltauswirkungen im Vordergrund. Im 6. Fünfjahresplan (1976-1980) wurde der Umweltproblematik erstmals Platz eingeräumt, doch erst infolge internationaler Zusammenarbeit und dem damit einhergehenden Druck von außen konnten Umweltschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Im Kommentar zu diesem Vortrag betonte CHRISTOPH BOYER (Salzburg), dass nicht

„das System“ allein für den ökologischen Raubbau verantwortlich gemacht werden könne. Auch die Gesellschaft, die auf Wohlstand durch Wachstum hoffte, sei einzubeziehen. Zudem sehe er in der Umweltpolitik der Tschechoslowakei in den 1970er-Jahren keine Verbesserung: Die Maxime hieß „Wachstum um jeden Preis“, und auch der „Konsumsozialismus“ habe dem Raubbau Vorschub geleistet.

Den Abschluss des zweiten Vortragsblockes bildete OLE SPARENBERG (Saarbrücken) Referat zum zwischen 1965 und 1982 angedachten Abbau von Manganknollen am pazifischen Tiefseeboden. Da die Erschöpfung der Rohstoffvorkommen zu Land befürchtet wurde und die Förderung der Knollen einfach erschien, war das Interesse an dieser Tiefseeressource für einige Dekaden sehr groß. Die 3. UN-Seerechtskonferenz (1973-1982) beschäftigte sich zunächst mit den Eigentumsrechten an der Ressource. Es wurde eine regulierte Allmende vorgesehen, die von einer internationalen Meeresbehörde kontrolliert werden sollte, doch traten die Industrienationen dem Übereinkommen nicht bei. Ökologische Aspekte des Tiefseebergbaus wurden von Beginn an mitgedacht. Sah man zuerst den Vorteil, dass man hiermit den konventionellen Bergbau und seine Umweltauswirkungen verringern könne, musste bald eingeräumt werden, dass auch der Tiefseeboden schützenswert sei. Letztlich wurde der Tiefseeboden bis heute nicht ausgebeutet. LARS BLUMA (Bochum) unterstrich in seinem Kommentar unter anderem die „common heritage of mankind“ (Allmende)-Vision als Ausdruck einer Übergangszeit von einer „technokratischen Hochmoderne“ zur Postmoderne. Generell könne man diese Allmende-Überlegungen auch mit jenen zu Antarktis und Mond vergleichen.

In der erstmals abgehaltenen Postersession präsentierten Nachwuchswissenschaftler/innen Dissertations- und Forschungsprojekte und traten mit den Anwesenden in regen Austausch. Die Themenpalette war vielfältig: Sie reichte von quantifizierenden Ansätzen wie der Frage nach den Auswirkungen der Etablierung von Gewerbe- und Realschulen auf die Wirtschaft Bayerns im 19. Jahrhundert über umweltgeschichtliche Ansätze zur städtischen Waldpolitik Augsburgs im 16. Jahrhundert bis zu sozialgeschichtlich geprägten Forschungen wie der Darstellung städtischer Gewalt im Barcelona der Zwischenkriegszeit.

Im Anschluss stellte THOMAS RAHLF (Köln) den „Datenservice Historische Studien“ in GESIS vor, einer Einrichtung der Leibniz-Gemeinschaft. Im „Offenen Forum“ präsentierte MARCEL BOLDORF (Bochum) sein Forschungsvorhaben zum unternehmerischen Handeln im besetzten Frankreich (1940-1944). NICOLAS KROCKER (München) stellte sein Projekt einer Wirtschaftsgeschichte der nordwestlichen Grenzprovinzen des Römischen Reichs vor. Abschließend referierte DORIN-IOAN RUS (Graz) zu seiner Untersuchung des Waldes und der habsburgischen Ressourcenpolitik in Transsylvanien im 18. Jahrhundert.

Thema des dritten Konferenztags war zunächst „Umwelt, Nachhaltigkeit und Industrie“. Am Beispiel der Bodenseefischerei von 1350 bis 1900 zeigte MICHAEL ZEHETER (Wuppertal), dass eine Allmende nicht unmittelbar zu der von Garret Hardin postulierten „Tragödie“ führen musste. Während des gesamten Untersuchungszeitraums sei es, trotz gemeinschaftlicher Nutzung des Gewässers, nicht zu einer Krise der Bodenseefischerei gekommen. Zeheter verwies auf die zentrale Rolle der Fischerzünfte für die Gewährleistung nachhaltiger Fischerei. Die großen Fach- und Detailkenntnisse, die sich in den Fischereiordnungen niederschlugen, lassen darauf schließen, dass die Fischer an ihrer Ausarbeitung beteiligt waren. Die immer wieder modifizierten Ordnungen bestimmten zum Beispiel Schonzeiten, die Mindestgröße von Fischen für den Fang und Sanktionen. Darüber hinaus belegen sie auch das Problembewusstsein der Fischer, wenngleich diese sich nicht aus rein ökologischen Gründen für Nachhaltigkeit einsetzten: Die Ordnungen gewährten den Fischern auch Rechtssicherheit, trugen zur Eindämmung der Konkurrenz bei und sicherten dadurch ihren Lebensunterhalt. MARCUS POPLOW (Heidelberg) ordnete Zeheters Beitrag im anschließenden Kommentar in die Reihe der „bilderbuchmäßigen“ Fallbeispiele zur Revision von

Hardins „Tragedy of Commons“-These ein. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Parallelen zu dem von Elinor Ostrom et. al. erarbeiteten Konzept der Gemeingüter.

THILO JUNGKIND (Saarbrücken) stellte in seinem Beitrag die Frage, ob sich die deutsche chemische Industrie in der Nachkriegszeit nachhaltig entwickelt habe. Dabei interessierten ihn zwei Aspekte: die gesellschaftlichen Erwartungen an die Unternehmen und (am Beispiel der Konzerne Bayer und Henkel) das unternehmerische Handeln. Jungkind argumentierte, dass für die Unternehmen Nachhaltigkeit ein „folgenbasiertes Legitimationskonzept“ darstellte, weshalb sie gesellschaftlichen Erwartungen aus ökonomischen Gründen Beachtung schenkten. Während die chemische Industrie bis in die 1970er-Jahre die Deutungshoheit über chemisch-technische Risiken besaß, verlor sie diese mit der Verbreitung von Umweltbewusstsein in der Gesellschaft. Auch wenn die Unternehmen im Zuge gesellschaftlicher Kritik Umweltmaßnahmen starteten, gilt die chemische Industrie bis heute doch nicht als nachhaltig. Das Vertrauen in sie habe nicht wieder hergestellt werden können, denn das kulturelle Gedächtnis vergesse nicht. Der vermeintlichen Nachhaltigkeit von Unternehmen ging auch ALEXANDER MOUTCHNIK (München) im anschließenden Kommentar nach. Häufig habe Nachhaltigkeit bloß mit Selbstetikettierung der Unternehmen zu tun: die Herausgabe von sogenannten „Nachhaltigkeitsberichten“ sei dafür ein Indikator.

Abgeschlossen wurde der Themenblock von CHRISTIAN MARX (Saarbrücken/Trier) mit einem Referat zur Entdeckung des Ozonloches und der Reaktion der deutschen chemischen Industrie auf die Forderungen eines FCKW-Verbots. Marx interessierten insbesondere die Perspektive der exemplarisch ausgewählten Hoechst AG, ihre Handlungs- und Entscheidungsspielräume sowie ihre Lobbying-Strategien. Zum einen bestritt die Hoechst AG lange Zeit die – in Gutachten bestätigten – Auswirkungen des FCKW auf die Ozonschicht; zum anderen intervenierte sie beim Innenministerium unter Verweis auf soziale und ökonomische Schäden eines FCKW-Verbots und eines damit drohenden Geschäftsrückgangs. Einer freiwilligen Selbstbeschränkung der Produktion stimmte der Konzern zu. Im Gegensatz zum amerikanischen Chemiekonzern DuPont nahm Hoechst jedoch auch unter öffentlichem und medialem Druck keine positive Rolle in der FCKW-Verbotsdebatte ein, sondern überließ dieses Feld den politischen Akteuren. Im Kommentar fragte MICHAEL TOYKA-SEID (Darmstadt), weshalb der Lobbyismus der Chemiebranche auf einmal versagt habe. Eine mögliche Antwort sei, dass sich die Lokalisierbarkeit von Umweltschäden auflöste und die unsichtbare Gefährdung – wie auch bei Atomkraftwerken – zu einem globalen Problem wurde.

In der letzten Referatreihe der Tagung wurde die Interaktion von Industrie und Umwelt thematisiert. Am Beispiel des Altpapierrecyclings in Deutschland wies HEIKE WEBER (Wuppertal) auf den schmalen Grat zwischen nachhaltigem Wirtschaften und ideologischer Mobilisierung hin. Neben dem Wunsch nach einem effizienten Ressourceneinsatz seien im 20. Jahrhundert auch Strategien einer von Mentalitäten und Ideologien bestimmten „moral economy“ auszumachen, so Webers These. Sie stellte folglich der wirtschaftlichen Rolle des Papierrecyclings, die in den Haushalten bis in die 1980er-Jahre vernachlässigbar gering war, eine ideologische gegenüber. Weber benannte die Topoi der „Mobilisierung der Heimatfront“, der „Waldrettung“ und des „geschlossenen Kreislaufs“. Zuletzt verwies sie darauf, dass Recycling von Papier aus ökologischer Sicht nicht unumstritten sei, denn es entstünden problematische Abwässer, und der logistische Aufwand des Einsammelns von Haushaltspapier sei enorm. GEORG STÖGER (Salzburg/Leicester) plädierte in seinem Kommentar für einen stärkeren Einbezug der Mikroebene bzw. der Akteure in Untersuchungen zum Recycling. Sammelnde – aber auch Wegwerfende – sollten in den Blick genommen werden, wobei gerade für die Nachkriegszeit lebensgeschichtliche Quellen ausgewertet werden könnten.

MATHIAS MUTZ (Aachen) stellte in seinem Beitrag über die Industrialisierung als Umwelt-Integration am Beispiel der Papierindustrie fest, dass die Industrialisierungs- und die

Umweltgeschichte die Neigung hätten, den Faktor Umwelt bei der Beschreibung ökonomischen Handelns zu externalisieren. Aus der Perspektive der Unternehmen sei die Umwelt jedoch zu integrieren. Die Industrialisierung sei schließlich keine Überwindung der naturalen Abhängigkeiten, vielmehr gehe es um eine Ausdifferenzierung des Umgangs mit der Umwelt, wobei er sich auf das Konzept der „naturalizing industrialization“ von Pritchard und Zeller bezog. Die Umwelt sei gleichzeitig Voraussetzung und Objekt der Industrialisierung. Mutz schlug daher die Umwelt-Integration als Forschungsperspektive vor und stellte die Einführung eines Umwelt-Agency-Ansatzes zur Diskussion. FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER (Freiburg) stand einer Integration von Umweltaspekten in die Industrialisierungsgeschichte grundsätzlich positiv gegenüber. Dennoch betonte er in seinem Kommentar, dass ein Umwelt-Agency-Konzept schwer umzusetzen sein würde.

In den Beiträgen der Tagung wurde deutlich, dass Nachhaltigkeit als Konzept bzw. Leitbild zu unterschiedlichen Zeiten aus verschiedenen Gründen verfolgt wurde: Eine nachhaltige Bewirtschaftung war vor allem dort gegeben, wo ökonomische Notwendigkeiten – etwa aufgrund von Ressourcenmangel (Holz, Bergbau) – keine allzu großen Spielräume ließen. Aber auch pragmatische Überlegungen konnten im Sinne einer „prozeduralen Nachhaltigkeit“ zu einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise führen. Besonders mit dem sich entwickelnden gesellschaftlichen Umweltbewusstsein wurde schließlich ökologischen Überlegungen zunehmend auch aus ökonomischen und/oder strategischen Gründen in der Unternehmenspolitik Rechnung getragen. Vielfach, das demonstrierten die Vorträge, lagen diesen Prozessen auch politische Entscheidungen zugrunde, die ideologischer Natur waren. Insgesamt handelte es sich bei der 25. Arbeitstagung der GSWG um eine Veranstaltung, die – auch mit ihren intensiv und kontrovers geführten Diskussionen – zahlreiche Facetten von Nachhaltigkeit in der Geschichte herausarbeiten und vielfältige Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsarbeiten aufzeigen konnte. Wenngleich ein Ergebnis der Tagung die Erkenntnis war, dass keine linearen Wege zu Nachhaltigkeit führ(t)en, so kristallisierte sich dennoch heraus, dass „Nachhaltigkeit“ ein tragfähiger analytischer Ansatz für Forschungen am Schnittpunkt der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte ist.

Konferenzübersicht:

Grußworte: Sylvia Hahn, Salzburg (Vizerektorin für Internationale Beziehungen und Kommunikation) und Gudrun Mosler-Törnström, Salzburg (Zweite Präsidentin des Landtags)

Begrüßung und Eröffnung der Tagung: Günther Schulz, Bonn (Vorsitzender der GSWG)

Eröffnungsvortrag: Reinhold Reith, Salzburg: „Wirtschaft und Umwelt: Auf dem Weg zu Nachhaltigkeit?“

Block 1: Umwelt – Holz als Ressource (Moderation: Gerhard Fouquet, Kiel)

Oliver Auge, Kiel: „Auf dem Weg zu Nachhaltigkeit? Ansätze zu Ressourcenschutz und Ressourcenregeneration im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Schleswig-Holstein“ (Kommentar: Winfried Freitag, München)

Matthias Asche, Tübingen: „Von Glashütten und anderen Formen der Waldnutzung in der Mark Brandenburg – kameralistische Politik und forstliche Diskurse im Spannungsfeld von Landesbau und Peuplierung, Ressourcenbegrenztheit und Nachhaltigkeit im 18. und frühen 19. Jahrhundert“ (Kommentar: Roman Sandgruber, Linz)

Abendvortrag (Moderation: Christian Dirninger, Salzburg): Welf Werner, Bremen: „Rückversicherungsmärkte und Naturkatastrophen. Ursprünge und Entwicklung nordatlantischer und globaler Geschäftstätigkeit“

Verleihung des Friedrich-Lütge-Preises an Tobias Jopp (Regensburg)

Block 2: Bergbau und Ressourcennutzung (Moderation: Margrit Grabas, Saarbrücken)
Renate Pieper, Graz: „Umweltfaktoren im kolonialen Bergbau Hispanoamerikas“ (Kommentar: Helmut Lackner, Wien)

Jana Geršlová, Ostrava: „Ökologische Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in der Tschechoslowakei 1948 bis 1989“ (Kommentar: Christoph Boyer, Salzburg)

Ole Sparenberg, Saarbrücken: „Ressourcenverknappung, Eigentumsrechte und ökologische Folgen am Beispiel des Tiefseebergbaus, ca. 1965-1982“ (Kommentar: Lars Bluma, Bochum)

Postersession (Moderation: Jörg Baten, Tübingen)

Thomas Rahlf, Köln: „Der ‚Datenservice Historische Studien‘ in GESIS: Gegenwart und Zukunft“

Offenes Forum: Präsentation laufender Forschungsprojekte (Moderation: Günther Schulz)
Marcel Boldorf, Bochum: „Unternehmerisches Handeln im besetzten Frankreich (1940-1944)“

Nicolas Krockner, München: „Die Wirtschaftsgeschichte der nordwestlichen Grenzprovinzen des römischen Reichs. Eine theoretische Annäherung“

Dorin-Ioan Rus, Graz: „Wald und habsburgische Ressourcenpolitik in Transsylvanien im 18. Jahrhundert“

Block 3: Umwelt, Nachhaltigkeit und Industrie (Moderation: Rainer Metz, Köln)
Michael Zeheter, Wuppertal: „Eine vermiedene Tragödie der Allmende. Die Bodenseefischerei, 1350-1900“ (Kommentar: Marcus Popplow, Heidelberg)

Thilo Jungkind, Saarbrücken: „Die Entwicklung von Nachhaltigkeit im Umweltschutz der deutschen chemischen Industrie von 1950 bis 1985 – Unternehmen und gesellschaftliche Erwartungen“ (Kommentar: Alexander Moutchnik, München)

Christian Marx, Saarbrücken/Trier: „Leck im Raumschiff Erde.‘ Die Entdeckung des Ozonlochs und die Reaktion der deutschen Chemieunternehmen auf Forderungen nach einem FCKW-Verbot (1975-1995)“ (Kommentar: Michael Toyka-Seid, Darmstadt)

Block 4: Industrie und Umwelt (Moderation: Paul Thomes, Aachen)
Heike Weber, Wuppertal: „Zwischen nachhaltigem Wirtschaften und ideologischer Mobilisierung: Recycling von Altpapier in Deutschland (20. Jahrhundert)“ (Kommentar: Georg Stöger, Leicester/Salzburg)

Matthias Mutz, Aachen: „Industrialisierung als Umwelt-Integration – Konzeptionelle Überlegungen zur ökologischen Basis moderner Industrieunternehmen“ (Kommentar: Franz-Josef Brüggemeier, Freiburg)

Mitgliederversammlung und Wahlen

Exkursion